

Postanschrift: Hildesheimer Straße 20, 30169 Hannover
Büro: Osterstraße 60 , 30169 Hannover
Telefon: 0511 - 616 - 22196
E-Mail: fdp@regionsversammlung.de
Internet: www.fdp-fraktion-region-hannover.de
Facebook: @fdpfraktionregionhannover



+++ NEWSLETTER+++NEWSLETTER+++NEWSLETTER+++

Sehr geehrte FDP-Mandatsträgerinnen und -Mandatsträger in der Region Hannover,
sehr geehrte Damen und Herren,

Hannover, im März 2018

1. Ausgabe 2018



mit der März-Ausgabe unseres Fraktions-Newsletters möchten wir Sie wieder über aktuelle politische Themen, Termine und Veranstaltungen der FDP-Regionsfraktion informieren.

Schwerpunkte sind diesmal Berichte über unsere Fraktionsfachtagung zum Thema „Künftige Sicherstellung des Öffentlichen Nahverkehrsangebotes in der Region Hannover,“ ein Gespräch mit dem Garbsener Bürgermeister Dr. Christian Grahl (CDU) zu wirtschafts- und sozialpolitischen Projekten sowie aktuelle Themen aus der Regionsversammlung.

Bei Fragen, Anregungen und Kritik stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung! Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung, wenn Sie gemeinsam mit uns Themen und Positionen in Ihren Städten und Gemeinden voranbringen möchten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Christiane Hinze, Fraktionsvorsitzende

Wirtschaftspolitisches Gespräch mit dem Garbsener Bürgermeister Dr. Christian Grahl (CDU):

Die FDP-Fraktion Region Hannover hat am Montag, 19.02.2018, die Stadt Garbsen im Rahmen einer Fraktionsinformativveranstaltung besucht und mit Bürgermeister Dr. Christian Grahl kommunalpolitische Themen erörtert. Aus aktuellem Anlass stand als erste Priorität das Thema Campus Garbsen mit all seinen Herausforderungen auf der Agenda. Diskutiert wurden gemeinsam mit dem FDP-Ratsherrn im Rat der Stadt Garbsen Dr. Ullrich Jagstaidt, dem FDP-Ortsratsmitglied im Ortsrat Garbsen Jörg-Michael Speier sowie dem Vorsitzenden des FDP-Ortsverbandes Garbsen Prof. Dr. Hans-Jörg Jacobsen außerdem die Themen E-Mobilität, Wohnungsbau sowie die Förderung von sozialen Projekten in Garbsen. Die FDP-Fraktion informierte sich über den aktuellen Stand der Entwicklung am neuen Maschinenbau-Campus der Leibniz Universität Hannover in Garbsen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von 152 Mio. €. Die Region Hannover fördert dort u. a. den Bau eines Studentenwohnheims mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von rd. 2,7 Millionen Euro. Die verkehrstechnische Anbindung des neuen Campus' mit einer Anbindung des Geländes mittels eines autonomen E-Busses wird derzeit untersucht. Das Projekt soll im Betrieb stetig weiterentwickelt werden. Ein weiterer Schwerpunkt des Gespräches war der Wohnungsbau in Garbsen mit geplanten Neubaugebieten in Berenbostel mit langfristig bis zu 1.100 Wohneinheiten sowie in unmittelbarer Nähe von Garbsens Mitte mit jeweils um die 200 Wohneinheiten. Hier sollen aufgrund der besonders großen Nachfrage nach diesem Angebot hauptsächlich kleinere und mittlere Wohneinheiten entwickelt werden. Abschließend wurde das Thema der Förderungen von sozialen Projekten thematisiert und insbesondere einige von der Region Hannover initiierte und mitfinanzierte Projekte der Jugendhilfe wie z. B. das „Projekt X“ der Jugendhilfe e.V. oder „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ („JUSTiQ“) vertieft erörtert.



Zu Besuch im Rathaus Garbsen - v.l.n.r.: Dr. Ullrich Jagstaidt, Klaus Nagel, Gerhard Kier, Thomas Siekermann, Christiane Hinze, Dr. Christian Grahl, Jörg-Michael Speier, Daniel Far-nung, Prof. Dr. Hans-Jörg Jacobsen

Resolution „Vielfältige Demokratie in niedersächsischen Räten beibehalten!“ - Interfraktioneller Antrag von mittleren und kleineren Fraktionen und Gruppen fordert Wahrung von Minderheitenrechten durch Beibehaltung der Mindestgrößen von Fraktionen in kommunalen Räten und der Regionsversammlung.

Gemeinsam mit den Fraktionen von Bündnis '90/Die Grünen, der Linken sowie der Gruppe „Region“ hat die FDP-Fraktion einen Antrag eingebracht, mit dem die Regionsversammlung einen Appell an die Niedersächsische Landesregierung mit ihren tragenden Parteien SPD und CDU richten sollte. Intention war, dass die GroKo in Niedersachsen von der im Koalitionsvertrag fixierten, geplanten Anhebung der Mindestgrößen von Fraktionen in den kommunalen Vertretungen absieht. Die GroKo hatte im Koalitionsvertrag festgelegt, dass das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) im Laufe der aktuellen Wahlperiode entsprechend geändert werden soll. Bisher ist eine Anzahl von zwei Mandatsträgern ausreichend, um einen Fraktionsstatus zu erlangen. Fraktionslose Mandatsträger haben lediglich in Kreistags- bzw. Ratssitzungen Stimmrecht. In Fachausschüssen ist dies nicht der Fall. Außerdem dürfen fraktionslose Mandatsträger nur *einem* Fachausschuss als beratendes Mitglied angehören. Bei allen anderen Ausschüssen dürfen fraktionslose Mandatsträger nur als Gäste im Zuschauerbereich teilnehmen. Auch das Recht auf Akteneinsicht ist eingeschränkt. Eine Erhöhung der Mindestfraktionsgröße auf drei Mandatsträger würde somit in vielen Fällen den Verlust dieser wichtigen Stimm- oder Auskunftsrechte für die FDP-Mandatsträger in kommunalen Vertretungen in Niedersachsen bedeuten können. In der Regionsversammlung wurde diesem Antrag mehrheitlich nicht gefolgt, da die GroKo in der Regionsversammlung eine Abstimmung dieses Antrags ablehnte. Ein Austausch der Argumente konnte jedoch im Rahmen einer öffentlichen Debatte in der Regionsversammlung am 06.03.2018 erfolgen. Gemäß einer Pressemitteilung des Niedersächsischen Innenministeriums vom 08.03.2018 verfolgt die Landesregierung das Vorhaben nach kritischen Rückmeldungen aus einigen Kommunen in Niedersachsen nun zunächst nicht weiter.

Infos zu Anfragen der FDP-Fraktion zur Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in der Region Hannover:

Bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit liegt die Region Hannover im Vergleich zu anderen Landkreisen unter dem Durchschnitt. Die Regionsverwaltung beantwortete Fragen nach dem Erfolg von geförderten Maßnahmen zur Rekrutierung von Fachkräften aus dem Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit und erläuterte die zukünftige Ausrichtung der Region Hannover in diesem Bereich. Die FDP-Regionsfraktion hat sich insbesondere die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Sinne einer nachhaltigen Prävention auf die Fahnen geschrieben. Die Antwort der Verwaltung finden Sie auf unserer Internetseite unter Aktuell/Anträge & Anfragen oder unter folgendem Link:

<http://regions-sitzungsinfo.hannit.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1005245#searchword>

Antrag der FDP-Fraktion zur Vereinfachung der „Leuchtturmrichtlinie zur Förderung von Klimaschutzvorhaben“ mit großer Mehrheit von der Regionsversammlung beschlossen:

Die FDP-Regionsfraktion hatte aus Gründen der Transparenz und zum optimalen Einsatz von bereitstehenden Fördermitteln für Klimaschutz-Projekte von Bund, Land und Region beantragt, dass die Region über ihre sog. „Leuchtturm-Richtlinie“ sicherstellt, dass künftig auf dieser Basis nur Fördergelder abgerufen werden sollen, wenn andere vorhandene Fördermaßnahmen auf Bundes- und Landesebene nicht akquirierbar sind. Wenn Vorhaben auf Regionsebene Vorbildcharakter haben könnten, jedoch keine Chance auf Erhalt von Bundes- und Landesförderungen haben, soll geprüft werden, ob eine Förderung durch die Region Ziel führend ist.

FDP-Fraktion Region Hannover wählt mit Thomas Siekermann aus Hannover und Klaus Nagel aus Springe zwei neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Die FDP-Fraktion der Region Hannover hat Ende Februar 2018 im Rahmen einer Fraktionssitzung je einstimmig Thomas Siekermann und Klaus Nagel zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Gerhard Kier, der diese Aufgabe bereits in der vorherigen Wahlperiode ab 2015 und für fast drei Jahre übernommen hatte, möchte sich künftig stärker auf die Fachausschuss-Arbeit der FDP-Regionsfraktion konzentrieren. Die Vorsitzende der FDP-Regionsfraktion Christiane Hinze dankte Gerhard Kier für seine Unterstützung in der Vorstandsarbeit der FDP-Fraktion und freut sich auf die weitere gute Zusammenarbeit. Mit Thomas Siekermann aus Hannover und Klaus Nagel aus Springe hat sich der Fraktionsvorstand jetzt breiter aufgestellt, um die vielfältigen Themenfelder der Region Hannover sowie die Belange der 21 regionsangehörigen Städte und Gemeinden in ihrem Zuständigkeitsbereich noch besser abdecken zu können.



V.l.n.r.: Daniel Farnung, Klaus Nagel, Thomas Siekermann, Christiane Hinze, Gerhard Kier

Fachtagung: "Künftige Sicherstellung des Öffentlichen Nahverkehrsangebotes in der Region Hannover"



Mit zahlreichen interessierten Gästen insbesondere aus Städten und Gemeinden der Region Hannover hat die FDP-Regionsfraktion im Rahmen ihrer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Künftige Sicherstellung des Öffentlichen Nahverkehrsangebotes in der Region Hannover“ am 28.02.2018 über mögliche Strategien zur Überplanung des Regionalbusliniennetzes diskutiert. Der Verkehrsdezernent der Region Hannover Ulf-Birger Franz und der Leiter des Teams ÖPNV-Angebotsmanagement der Region Hannover Bernt Hüsken erläuterten die Vorschläge der Regionsverwaltung für künftige Verkehrsangebote, die sich stärker an der aktuellen Kundennachfrage orientieren sollen. Franz setzt insbesondere auf Maßnahmen zum Ausbau des Netzes durch die Stärkung von Premium-Produkten. So sollen zusätzliche Sprinter-Linien

Strecken mit erhöhter Nachfrage optimaler bedienen. Über neue, veränderte Endpunkte auf bestimmten Linien solle Veränderungen in der Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten im Umland Hannovers Rechnung getragen werden. Bei den Vorschlägen für Angebotsreduzierungen werde strikt darauf geachtet, dass die geltenden, im Nahverkehrsplan der Region Hannover festgeschriebenen Mindestbedienungsstandards auch künftig eingehalten werden.

Für die FDP-Regionsfraktion ist die Sicherstellung einer Grundversorgung mit öffentlichen Nahverkehrsangeboten auch in ländlicheren Gebieten der Region Hannover im Rahmen der Daseinsvorsorge von großer Bedeutung. Dass die Verkehrsangebote verlässlich sind, ist entscheidend für eine erfolgreiche Kundenbindung, gerade auch beim Anschluss von sozialen Einrichtungen, Krankenhäusern und weiteren öffentlichen Einrichtungen und Behörden. Außerdem muss eine optimale Verknüpfung von Verkehrsangeboten garantiert werden. Im Zuge der Überplanung des Regionalbusliniennetzes ist es dringend geboten, die Erreichbarkeit von Anschlussverbindungen im S-Bahn-Verkehr und dem Regionalverkehr der Deutschen Bahn zu gewährleisten.

Zu klären ist, wie mögliche neue Verkehrsangebote nachfragegerecht und möglichst wirtschaftlich angeboten werden können. Im Rahmen der jährlichen Überprüfung des gesamten ÖPNV-Angebotes in der Region Hannover muss verstärkt auf aktuell veränderte Bedarfe reagiert werden können. Dies ist von hoher Bedeutung für Pendler, die von möglichen künftigen Fahrverböten für bestimmte Dieselfahrzeuge betroffen sein könnten. Über veränderte Linienführungen im Busverkehr sowie durch die Anpassung von Fahrtzeiten über neu festzulegende Takte würde das ÖPNV-Angebot attraktiver gestaltet werden und es bestünde die Chance, neue ÖPNV-Kunden zu gewinnen und langfristig zu binden.

Aktuelle Vorschläge aus einigen Regionskommunen für optimierte Verbindungsmöglichkeiten innerhalb des Regionalbusliniennetzes zwischen einzelnen Ortsteilen sollen nach Auffassung der FDP-Fraktion gründlich geprüft werden. So befürwortet die FDP-Fraktion die Einrichtung einer Bus-Ringlinie in Isernhagen, die alle Isernhagener Ortsteile miteinander verbindet. Für das Burgwedeler Wohngebiet Heisterholz fordert die FDP-Fraktion eine verbesserte Verkehrsanbindung insbesondere im Schülerverkehr.

Für die Bereiche Hemmingen, Pattensen und Springe ist bei neuen Verkehrsangeboten zu berücksichtigen, dass diese in Abhängigkeit und dadurch bedingt frühestens mit der Inbetriebnahme der verlängerten Stadtbahnlinie nach Hemmingen ab 2020 eingeführt werden können.



Die Vorsitzende der FDP-Fraktion Region Hannover Christiane Hinze begrüßt die Tagungsteilnehmer und den Verkehrsdezernenten der Region Hannover Ulf-Birger Franz



Diskussion mit FDP-Mandatsträgern aus der Region Hannover sowie vom Regionalverband Braunschweig über Chancen für Verbesserungen im Tarifsyst. des ÖPNV